

Armee ruft zum Verlassen der Stadt Gaza auf

Die Stadt sei Kampfgebiet, warnt das Militär auf Flugblättern. Berlin kritisiert die Angriffe auf UNRWA-Schulen.

GAZA. Die israelische Armee hat am Mittwoch alle Einwohner von Gaza aufgerufen, die im Norden des Gazastreifens gelegene Stadt zu verlassen. „Die Stadt Gaza bleibt ein gefährliches Kampfgebiet“, hieß es auf Flugblättern, die über der Stadt abgeworfen wurden. Alle Einwohner sollten sich über „Sicherheitskorridore“ nach Süden begeben.

Am Dienstag hatte die Armee erklärt, sie setze ihre Einsätze die Hamas und den Islamischen Dschihad in Gaza fort. Bewohner berichteten von Feuergefechten und Hubschrauberangriffen. Nach Angaben des bewaffneten Arms der im Gazastreifen herrschenden Hamas waren die Kämpfe die heftigsten seit Monaten. Israels Armee hat nach Angaben von Verteidigungsminister Joav Galant 60 Prozent der Hamas-Terroristen getötet oder verwundet. Die meisten der Bataillone der Islamistenorganisation seien zerschlagen worden, sagte israelischen Medien zufolge im Parlament.

Bei Angriffen sind inzwischen zwei Drittel der Schulen des Palästinenserhilfswerks UNRWA im Gazastreifen getroffen worden. Dies gibt die Organisation selbst an. „Einige wurden ausgebombt, viele schwer beschädigt“, schrieb UNRWA-Chef Philippe Lazzarini auf der Plattform X. Allein in den vergangenen vier Tagen seien vier Schulen getroffen worden. Nach eigenen Angaben betrieb das UN-Flüchtlingshilfswerk vor dem Krieg 284 Schulen in dem Küstenstreifen.

Das Auswärtige Amt in Berlin erklärte auf X, es sei nicht hinnehmbar, dass Zivilisten, die in Schulen Schutz suchten, getötet würden. Das israelische Militär attackiert nach eigener Darstellung die Schulen, da die Hamas sie Stützpunkte oder Schutzschilde missbrauche. Am späten Montagabend teilte das Militär mit, Terroristen, die sich in einem Schulgebäude verschanzten hätten, aus der Luft angegriffen zu haben. *AFP/dpa*

► Das Zitat des Tages



„Wir brauchen einen parteiübergreifenden Kompromiss, damit die Schuldenbremse nicht zu einem Sicherheitsproblem wird.“

Anton Hofreiter, Grünen-Politiker über die Ausweitung des Bundeswehr-Sondervermögens.

► Kurz berichtet

Brand in Asylheim war wohl rechtsradikaler Anschlag

KRUMBACH. Nach einem mutmaßlich rechtsextrem motivierten Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft im schwäbischen Krumbach hat die Generalstaatsanwaltschaft München die Ermittlungen übernommen. Nach derzeitigem Ermittlungsstand habe die Tat ein extremistisches Motiv, teilten die Ermittler am Mittwoch mit. Der 40 Jahre alte Beschuldigte bleibe in Untersuchungshaft. Die Bewohner der Gemeinschaftsunterkunft hatten am 23. Juni die Feuerwehr alarmiert. Menschen kamen nicht zu Schaden. *AFP*

Mehr als 360 Polizeieinsätze zu „L'amour toujours“

BERLIN. Wegen ausländerfeindlicher Parolen zu dem italienischen Popsong „L'amour toujours“ ist die Polizei bundesweit mehr als 360 Mal gerufen worden. Laut einer vom Redaktionsnetzwerk Deutschland am Mittwoch veröffentlichten Umfrage gab es von Oktober bis Juni 368 Fälle, bei denen zur Melodie des Liedes von Gigi D'Agostino die ausländerfeindliche Parole „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“ gesungen wurde. Tatorte waren Volksfeste, Diskotheken, Schulen und private Feiern. *AFP*

Nicht einmal ein Drittel der Bürger gibt der Bildungspolitik der grün-schwarzen Landesregierung gute Noten. Ein befriedigendes Zeugnis ist das gewiss nicht für Kultusministerin Theresa Schopper, Ministerpräsident Winfried Kretschmann (beide Grüne) und auch nicht für die CDU als Koalitionspartner.

Denn dass die Landesregierung so lange so wenig Initiative zur Lösung ganz offenkundiger Probleme an Schulen entwickelt hat, ist dem Unwillen und der Unfähigkeit beider Partner geschuldet, über ideologische Differenzen in den hoch umstrittenen Schulfragen hinweg zu pragmatischen Kompromissen zu kommen. Das hat die Handschrift des Bildungskapitels im Koalitionsvertrag geprägt und in der Konsequenz zur schulpolitischen Untätigkeit über weite Strecken der Legislaturperiode geführt.

Die Werturteile, die die Gesamtbevölkerung und Eltern im jüngsten BaWü-Check zur Bildungspolitik formuliert haben, sind auch eine Quittung dafür. Wahrscheinlich hätten sie zum „mangelhaft“ tendiert, wenn Grün-Schwarz sich dem Druck von unten nicht gebeugt hätte: So gibt es die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium. Und man hat doch wenigstens eine leichte Ausdünnung der viel zu verästelten Schulstruktur im Land noch auf die Agenda gesetzt. Allein mit dem Programm zur Sprachförderung in

► Leitartikel

Mit einem blauen Auge

An einem „mangelhaft“ für die Schulpolitik ist Grün-Schwarz nur knapp vorbeigeschrammt.

Von Bärbel Krauß



Grundschulen und Kitas, das Grün-Schwarz wegen der grassierenden Lese- und Rechenunfähigkeit der baden-württembergischen Schüler beschlossen hat, wäre die Unzufriedenheit der Bürger mit der Schulpolitik noch massiver. Insofern sind die Regierenden wohl noch mit einem blauen Auge davongekommen.

Denn hohe Zustimmungswerte bekommt die grün-schwarze Koalition für die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium und zu einer strengeren Grundschulempfehlung sowie für die Einführung eines neuen

Schulfachs „Medienbildung“ an Gymnasien und vermutlich auch an anderen weiterführenden Schulen. Dass die Schulen im Südwesten all dies tatsächlich schaffen, ist die elementarste Reformaufgabe im Bildungsbereich.

All das sind Neuerungen, die in Zusammenhang mit der Reform der Gymnasien nötig geworden und ins Werk gesetzt worden sind – beziehungsweise werden. Denn auch wenn der Regierungsentwurf zur Änderung des Schulgesetzes auf der Zielgeraden ist, wird es noch dauern, bis die Kon-

Viel Zustimmung erhält die Koalition für das neue Schulfach Medienbildung.

Wie effektiv sind die Kontrollen an den deutschen Grenzen?

Was bringen stationäre Grenzkontrollen? Die FDP fordert, die Kontrollen nach der Fußball-EM für ein Jahr beizubehalten. Die Gewerkschaft der Polizei ist skeptisch. Und was sagt die Forschung?

Von Rebekka Wiese

BERLIN. Seit Gründung der Bundespolizei waren noch nie so viele ihrer Kräfte im Einsatz wie in diesen Wochen. Teilweise sind es bis zu 22 000 Beamte am Tag. Wegen der Fußball-Europameisterschaft arbeiten sie derzeit besonders viel und bekommen sogar Unterstützung von ausländischen Einsatzkräften – auch an den deutschen Grenzen. Dort hat das Bundesinnenministerium wegen der EM stationäre Kontrollen angeordnet, die noch bis zum 19. Juli gelten sollen.

Kürzlich veröffentlichte die Bundespolizei eine Halbjahresbilanz. Demnach führten die Einsatzkräfte in diesem Zeitraum fast 830 000 Grenzkontrollen durch. Dabei konnten die Polizeikräfte 603 offene Haftbefehle vollstrecken, 150 Schleuser vorübergehend festnehmen und 346 Menschen abweisen, die zuvor schon mal abgeschoben worden waren. Außerdem wurden mehr als 4 600 unerlaubte Einreisen festgestellt, von denen mehr als zwei Drittel verhindert werden konnten.

Verstärkt stationäre Kontrollen

Könnte es sich lohnen, die Kontrollen zu verlängern, um irreguläre Migration zu begrenzen? Das forderte kürzlich FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai in der „Bild“-Zeitung. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Brandenburg hingegen spricht sich gegen die Maßnahme aus. Sie argumentiert, dass mobile Kontrollen effektiver seien.

Unabhängig von der EM gibt es seit Herbst 2023 stationäre Maßnahmen an den Grenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz. Sie sollen bis kommenden Dezember gelten. Auch an der bayerischen Grenze zu Österreich wird schon länger kontrolliert, seit 2015 wird die Maßnahme dort immer wieder verlängert. Auch Sachsen prüft nun,



Ein Bundespolizist überprüft einen Kleinbus auf einem Parkplatz nahe der deutsch-tschechischen Grenze. *Foto: dpa/Sebastian Kahnert*

eine landeseigene Grenzpolizei einzuführen.

Tatsächlich zeigt sich, dass die Zahl der Asylbeanträge in Deutschland gesunken ist, seitdem die Kontrollen im Herbst 2023 eingeführt wurden. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bitten inzwischen deutlich weniger Menschen um Asyl in Deutschland. In der ersten Jahreshälfte war es etwa ein Fünftel weniger als im Vorjahreszeitraum.

Die Migrationsforscherin Anne Koch von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) bezweifelt allerdings, dass das stark das mit den stationären Grenzkontrollen zusammenhängt. Sie schließt zwar nicht aus, dass die zusätzlichen Kontrollen an den Grenzen dazu beigetragen haben, dass weniger Asylbewerber kommen. Aber sie sieht in der

Maßnahme nur eine von verschiedenen Ursachen. Wie Koch erklärt, kann es viele Gründe haben, wenn weniger Menschen in Deutschland um Asyl bitten. Dass es im Vorjahr besonders viele waren, liegt wohl auch daran, dass ihre Zahl während der Coronapandemie deutlich zurückging. Im vergangenen Jahr gab es offenbar einen Nachholeffekt, der nun wieder nachlässt.

Was ist im Sinne des Schengen-Rechts?

Besonders entscheidend ist allerdings ein anderer Faktor. „Wir wissen aus der Forschung, dass die Situation in den Herkunftsländern den größten Effekt auf Fluchtbewegungen hat“, sagt Koch. Also: „Gibt es gerade irgendwo einen neuen Krieg oder eine andere Krise, die sich verschärft?“ Wie die Lage in den Zielländern sei, ob zum Beispiel Grenzen stärker kontrolliert werden, spiele hingegen eine kleinere Rolle. Dazu passt, dass aktuell nicht nur in Deutschland, sondern in der gesamten EU weniger Asylbewerber ankommen.

Migrationsforscherin Koch will jedoch auch nicht ausschließen, dass die Maßnahmen gar keinen Effekt haben. „Wer eine Grenze kontrolliert, der greift natürlich mehr Menschen dort auf“, sagt sie. „Aber man muss sich fragen, ob es so viele sind, dass sich der zusätzliche Aufwand wirklich lohnt.“ Letztlich gehe es darum, Kosten und Nutzen gegeneinander abzuwägen.

Koch hat außerdem rechtliche Bedenken, wenn es darum geht, die stationären Grenzkontrollen zu verlängern. Diese könne man nur anlassbezogen anordnen, betont sie. „Wenn man sie nun noch weiter verlängert, muss man sich aber fragen, was passieren muss, damit man sie wieder einstellt.“ Koch befürchtet, dass sich die Kontrollen verstetigen könnten. „Das wäre nicht im Sinne des Schengen-Rechts.“

Ukraine: Modi bietet Unterstützung an

Indiens Regierungschef hat bei einem Besuch in Österreich signalisiert, eine Friedenslösung zu unterstützen.

WIEN. Indiens Regierungschef Narendra Modi hat in Wien die Bereitschaft hervorgehoben, eine Friedenslösung für die Ukraine zu unterstützen. „Sowohl Indien als auch Österreich messen dem Dialog und der Diplomatie große Bedeutung bei, um schnell Frieden und Stabilität wiederherzustellen“, sagte Modi am Mittwoch nach einem Treffen mit dem österreichischen Bundeskanzler Karl Nehammer. Probleme könnten „nicht auf dem Schlachtfeld gelöst werden“.

Nehammer sagte seinerseits, das gemeinsame Ziel beider Länder sei ein fairer und dauerhafter Frieden im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen. Er habe diesbezügliche Möglichkeiten mit Modi ausgetestet. Nehammer verwies in diesem Zusammenhang auf den großen Einfluss Indiens,

zepte in den Details ausgearbeitet sind. Es mag für die Landesregierung einen bitteren Beigeschmack haben, dass laut der aktuellen Meinungsumfrage in der Bevölkerung wieder einmal das Gymnasium die Aufmerksamkeit auf sich zieht, während sie selbst der Stärkung der Grundschulen – völlig zurecht – viel größeres Gewicht beimisst. Möglichst allen Kinder die Grundlagen beim Lesen, Schreiben und Rechnen beizubringen – unabhängig von der Zusammensetzung der Schülerschaft –, ist nun einmal die zentrale Qualitätsanforderung an ein Schulsystem.

Dass auch die Schulen im Südwesten dies in vielen Fällen nicht mehr hinkriegen, ist die elementarste Reformaufgabe im Bildungsbereich. Wird sie nicht bewältigt, hat nicht nur ein großer Teil der nachwachsenden Generation, sondern auch der Wirtschaftsstandort ein Problem. Insofern kann für die Regierung nur gelten, dass sie die Reform der Gymnasien gut umsetzen muss, ohne die Fokussierung auf die Verbesserung der Grundschulen aufzugeben. Aus der aktuellen Meinungsumfrage kann sie bei aller Kritik immerhin etwas Positives mitnehmen: In den Augen der Bürger stimmt die Richtung der Schulreformen. Auch für die Landespolitik insgesamt gibt es eine Lehre: Wenn die Schulen in Schieflage sind, wird Abwarten von den Bürgern nicht toleriert.

Lemke: Marodes Atommülllager schnell räumen

Die Bundesumweltministerin will den radioaktiven Abfall aus dem einstigen Bergwerk Asse entfernen lassen.

BERLIN. Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) drängt auf eine schnellere Rückholung des Atommülls aus dem maroden Atommülllager in der Asse. „Man muss mit Hochdruck daran weiter arbeiten, dass der Müll rauskommt, das hat man den Menschen vor Ort versprochen“, sagte sie am Mittwoch dem Bayerischen Rundfunk (BR). Es erfülle sie mit Sorge, dass seit einigen Monaten verstärkt Wasser in das einstige Salzbergwerk eindringe.

Es sei keine akute Katastrophensituation, betonte Lemke. Sie wolle aber mit der Bundesgesellschaft für Endlagerung über eine Beschleunigung der Rückholung reden. Die Ministerin will die Schachtanlage in Niedersachsen am Nachmittag besuchen.

In dieser liegen in 13 Kammern rund 126 000 Fässer mit schwach- und mittelradioaktiven Abfällen, die dort vor etwa 50 Jahren eingelagert wurden. Das niedersächsische Umweltministerium hatte dem NDR Ende Mai bestätigt, dass wahrscheinlich „täglich mehrere Kubikmeter Salzlösung in tiefere Bereiche des Grubengebäudes“ liefen. Dort lagert der überwiegende Teil der radioaktiven Abfälle. Diese sollten eigentlich laut einem Beschluss des Bundestages von 2013 längst aus dem Bergwerk geborgen werden, was bisher aber nicht geschah. Als mögliches Startdatum für die Bergung gilt nun das Jahr 2035.

Die Rückholung sei eine unglaublich schwierige Aufgabe, sagte Lemke dem BR: „Das ist weltweit noch nie gemacht worden, solchen Atommüll wieder rauszuholen. Auch wenn es schwach und mittelradioaktiver Müll ist – dort sind auch giftige Stoffe mit dabei“, so die Ministerin.

Lemke betonte, dass ein neuer Schacht gebaut und geklärt werden müsse, wohin der Müll gebracht werde. Deswegen sei 2035 als Zielmarke festgelegt worden. *AFP*

► Die Tomicek-Karikatur



Maßnahme